



## **Noll: CDU blockiert aus ideologischen Gründen Herointherapie bei schwer Suchtkranken**

**FDP fordert Behandlung über Modellstandorte hinaus – Suchtgefährdete nicht kriminalisieren** - Der Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Ulrich Noll, hat auf dem Liberalen Jugendtag das strikte Nein der CDU zur ärztlich kontrollierten Behandlung von schwer Suchtkranken mit Hilfe von Heroin kritisiert. „Die CDU in Land und Bund blockiert hier aus rein ideologischen Gründen, dies ist für mich nicht nachzuvollziehen“, sagte Noll.

Denn die kontrollierte Abgabe von Heroin an einen eng gefassten Kreis von Schwerkranken habe sich in den Modellversuchen auch in Karlsruhe anderen Behandlungsmethoden überlegen gezeigt. „Es geht darum, in soziales und gesundheitliches Elend abgerutschte Menschen therapiefähig zu machen und wieder an die Gesellschaft heranzuführen - nicht nur an Modellstandorten, sondern überall, wo es notwendig ist.“ Über den laufenden Modellversuch in Karlsruhe referierte Rainer Blobel, der Drogenbeauftragte der Stadt Karlsruhe. Ulrich Noll sagte auf dem FDP-Jugendkongress zum Thema Drogen und Sucht weiter, dass besonders die ältere Generation gefordert sei, mit den Jugendlichen in einen Dialog zu treten. „Das gilt beispielsweise beim Thema Computerspiele besonders für Eltern, denn sie sollten ihre Kinder eigentlich am besten kennen“, so Noll, der sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion ist. Ein intensiver Austausch finde auch auf dem Liberalen Jugendtag statt, der „heute zum 23. Mal von unserer Fraktion im Landtag durchgeführt wird“. Der Landesvorsitzende der baden-württembergischen Jungliberalen, Leif Schubert, sagte, „mit der CDU über Drogen- und Suchtpolitik zu diskutieren, ist wie Topfschlagen im Minenfeld“. Schubert: „Uns unterscheidet von der CDU, dass wir mit den jungen Menschen reden, und sie über die jungen Menschen.“ Nach den Worten des Juli-Landesvorsitzenden wissen die Jungliberalen sehr wohl, dass Cannabis oder andere Drogen für Jugendliche gefährlich sein können, „aber wir bevormunden und kriminalisieren Suchtgefährdete nicht, sondern versuchen ihnen zu helfen“. Der europapolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion und Moderator des Liberalen Jugendtages, Michael Theurer, sagte, dass es gute Gründe gibt, den Schutz vor Passivrauchen zu verstärken, warnte aber gleichzeitig von einer verhängnisvollen „Spirale der Verbieteritis“. Sei es bei den Themen Lärmschutz, Feinstaubverordnung oder Verkaufsverbot von Alkohol – „wenn Verbote bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht durchzusetzen sind, sprich diejenigen, die sich daran halten, die Dummen sind, laufen sie ins Leere, und dann hat der Staat ein Problem“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Gabriele Müller-Trimbusch, Bürgermeisterin für Soziales, Jugend und Gesundheit der Stadt Stuttgart, berichtete

von demoskopischen Umfragen, wonach 75 Prozent der Jugendlichen von 12 bis 17 Jahren schon Alkoholisches getrunken haben. Davon würden 17 Prozent regelmäßig alkoholische Getränke zu sich nehmen. Alkoholgetränke seien für Jugendliche deshalb so attraktiv, weil sie oft den „Eintritt in die Gesellschaft oder in eine Gruppe von Gleichaltrigen“ bedeuteten. Leider fehle es oftmals entwicklungsbedingt am notwendigen Problembewusstsein. Müller-Trimbusch sprach sich dafür aus, „notorischen Kampftrinkern“ kreative Angebote in der Jugendarbeit zu machen, wie es die Stadt Stuttgart mit Erfolg praktiziere. Nick Schneider, Arzt und Wissenschaftler am Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg, sagte: „Nach dem Stand der Wissenschaft steht fest, Passivrauchen ist schädlich und kann zu Krebs oder anderen schweren Erkrankungen führen.“ Die „Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation“ zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Gefahren durch Tabakrauch seien in Deutschland leider noch ungenügend umgesetzt.